

Zusammenarbeit Gewerkschaft - Hochschule am Beispiel eines Projektes der arbeitnehmerorientierten Regionalforschung

Autor(en): **Baumann, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des
Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **74 (1982)**

Heft 2

PDF erstellt am: **01.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-355074>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Zusammenarbeit Gewerkschaft – Hochschule am Beispiel eines Projektes der arbeitnehmer- orientierten Regionalforschung

Hans Baumann

Bei der täglichen Gewerkschaftsarbeit wird der Gewerkschaftsfunktionär immer wieder damit konfrontiert, dass ihm wichtige Grundlagen für seine Arbeit fehlen. Dies z. B. bei der Vorbereitung von Vertragsverhandlungen oder im Rechtsschutz, erst recht jedoch wenn es um weitergehende Probleme geht, wie beispielsweise die Qualität der Arbeit, Bildungsfragen, Betriebsprobleme oder Kommunalpolitik.

In der Schweiz fehlen den Gewerkschaften die Mittel, um im grösseren Umfang eigene wissenschaftliche Grundlagen zu erarbeiten. Man ist also darauf angewiesen, *vorhandenes Material*, d. h. Daten, Statistiken, Forschungsergebnisse usw. – soweit dies möglich ist – direkt in die Arbeit einfließen zu lassen. Hier stösst man aber bald einmal auf gravierende Mängel. Denn ein grosser Teil von vorhandenen Forschungsergebnissen ist entweder nicht sehr praxisnah oder aber nicht an den Bedürfnissen der Arbeitnehmer orientiert. Im Gegensatz zu Industrie und Gewerbe, das einen sehr regen Kontakt zu Hochschulinstituten pflegt und diesen Instituten Aufträge gibt, existiert bis heute in der Schweiz keine regelmässige Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Hochschulen. So ist es denn auch nicht verwunderlich, dass für die Gewerkschaftsarbeit wichtige Grundlagen entweder ganz fehlen oder aber so aufgearbeitet sind, dass sie vor allem den Interessen der Arbeitgeber gerecht werden. Diese Absenz von wissenschaftlichen Grundlagen für die Gewerkschaftsarbeit ist nicht nur in rechtlichen oder sozialwissenschaftlichen Fragen von Bedeutung. Auch die Natur- und Ingenieurwissenschaften können Arbeitnehmeranliegen sehr direkt betreffen. Zu denken sei hier z. B. an die Gefährdung von Arbeitsplätzen bei der Herstellung von Chemikalien oder die Bedeutung der Baukonstruktion bzw. deren Ausführung für die Arbeitssicherheit der Bauarbeiter.

Verschiedene Möglichkeiten der Zusammenarbeit

Hinsichtlich Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Gewerkschaften bestehen verschiedene Varianten: Die in der Schweiz bis heute vor allem in Rechtsfragen am meisten benutzte Möglichkeit ist jene der Auftragsforschung. Ebenfalls spielen Kontakte zwischen einzelnen Gewerkschaftsfunktionären und Wissenschaftern oder Wissenschaftlergruppen eine Rolle. Solche Kontakte sind aber oft von persönlichen Beziehungen abhängig. Für eine systematischere Zusammenarbeit, die sich auf ganze Projekte bezieht und auf einem Erfahrungs- und Meinungsaustausch zwischen Hochschule und Gewerkschaft beruht, gab es meines Wissens hierzulande noch kein Beispiel.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es bis heute zahlreiche Beispiele einer echten und längerfristigen Kooperation zwischen Hochschulen und Gewerkschaften. So wurden zwischen Gewerkschaften und den Hochschulen in Bremen, Bochum, Saarbrücken, Oldenburg und Marburg Kooperationsverträge abgeschlossen. Im Rahmen dieser Bemühungen wurde auch von Wissenschaftern, Gewerkschaftern und Forschungspolitikern das Forschungsprojekt «Arbeits- und Lebensbedingungen von Arbeitnehmern als Gegenstand der Hochschulforschung» entworfen und vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft finanziert.¹

Ziel dieser Bemühungen ist von gewerkschaftlicher Seite her, eine «arbeitnehmerorientierte» Forschung an den Fach- und Hochschulen zu fördern und somit auch einen gewissen gewerkschaftlichen Einfluss auf die Wissenschaft zu sichern. Dies aus dem Bewusstsein heraus, dass die vorherrschende Wissenschaft nicht positiv auf das Interesse und die Praxis der Arbeitnehmer bezogen ist, sondern sich vor allem am Mechanismus des marktwirtschaftlichen Tauschverkehrs und dessen scheinbaren und wirklichen Sachzwängen orientiert. Nach Auffassung der «arbeitnehmerorientierten» Wissenschaft soll z. B. das im Moment sehr aktuelle Problem der Erforschung und Einführung neuer Technologien nicht unter dem Gesichtspunkt der Kostensenkung oder profitableren Vermarktung, sondern mit dem Ziel der Vermenschlichung und Arbeitserleichterung im Produktionsprozess untersucht werden.

Beispiele für erfolgreiche Zusammenarbeitsprojekte zwischen Gewerkschaften und Hochschulen gibt es mittlerweile in der Bundesrepublik einige. Im Bereich der Ingenieurwissenschaften z. B. innerhalb der Forschungsgruppe «Bauarbeit und Architektenausbildung» an der Fachhochschule Dortmund. Es handelt sich dabei um ein Projekt über die Arbeitssicherheit auf Baustellen, das in aktiver Zusammenarbeit von Wissenschaftlern mit den Kollegen der IG Bau-Steine-Erden und entsprechender Unterstützung der Gewerkschaftsleitung entstanden ist.²

¹ G. Bosch, Gewerkschaften und Hochschulreform, Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 7/81.

² Vgl. z. B. M. Angermeier, R. Stefaniak, Arbeitsbedingungen von Bauarbeitern, Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 2/79.

Dieses Kooperationsprojekt war inzwischen auch Gegenstand eines Seminars, das letztes Jahr von der Architekturabteilung der Universität Genf unter Beteiligung von Kollegen der Gewerkschaft Bau und Holz durchgeführt wurde.

Im folgenden soll ein Kooperationsprojekt aus dem Bereich der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften etwas eingehender vorgestellt werden.

Das Projekt der «Forschungsgruppe Produktivkraftentwicklung Nordhessen» – ein neuer Ansatz in der Regionalforschung

Auch die Regionalforschung als Bestandteil der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften krankt häufig daran, dass sie sich nicht an den wirklichen Problemen der in einer Region lebenden Menschen orientiert. Dies ist um so bedeutsamer, als dieses Forschungsgebiet ja die Grundlage für die regionale und kommunale Planung, z. B. im Bereich der Besiedelung oder im Verkehr, liefern sollte. Ebenfalls können mittels der Regionalforschung Grundlagen und Vorschläge für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung eines Gebietes erarbeitet werden.

Die Mitarbeiter der «Forschungsgruppe Produktivkraftentwicklung Nordhessen» (FPN) an der Gesamthochschule Kassel haben bei ihren Untersuchungen die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Arbeitnehmer in der Region in den Mittelpunkt gerückt. Sie wollten damit nicht nur ein Abbild dieser Verhältnisse in einer Region wiedergeben, sondern auch diejenigen Punkte herausarbeiten, welche die Arbeitnehmer in dieser Region besonders belasten, um dann Möglichkeiten für notwendige Veränderungen aufzuzeigen. Zweck des Projekts sollte vor allem auch sein, günstigere Voraussetzungen für eine *gewerkschaftliche* Praxis zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen zu schaffen.

Als Ergebnis dieser Arbeiten sind inzwischen zwölf Bände erschienen oder werden im Laufe dieses Jahres noch erscheinen.³

- ³ Band 1: Untersuchungen im Schwalm-Eder-Kreis.
Band 2: Arbeits- und Lebensverhältnisse im Schwalm-Eder-Kreis. Protokoll der Funktionärskonferenz des DGB am 3. Juni 1978.
Band 3: Berufliche Bildung im Schwalm-Eder-Kreis.
Band 4: Industrielle Arbeitnehmer im Schwalm-Eder-Kreis (Textband).
Band 5: Industrielle Arbeitnehmer im Schwalm-Eder-Kreis (Materialband).
Band 6: Weiterbildung im Schwalm-Eder-Kreis.
Band 7: Arbeitslosigkeit im Schwalm-Eder-Kreis (Textband).
Band 8: Arbeitslosigkeit im Schwalm-Eder-Kreis (Materialband).
Band 9: Verkehrsverhältnisse im Schwalm-Eder-Kreis (Textband).
Band 10: Verkehrsverhältnisse im Schwalm-Eder-Kreis (Materialband).
Band 11: Forderungen für den Schwalm-Eder-Kreis.
Band 12: Arbeits- und Lebensbedingungen im Schwalm-Eder-Kreis – Kurzfassung.
Die Bände 4 und 5 sind erschienen im Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaften, Marburg, die übrigen Bände bei FPN, Henschelstrasse 2, 3500 Kassel.

Im folgenden soll vor allem auf die Methode des Projekts eingegangen werden, und zwar als Beispiel eines Ansatzes der «arbeitnehmerorientierten» Wissenschaft. Einzelne inhaltliche Ergebnisse der umfangreichen Studien können nur beispielhaft wiedergegeben werden.

Sich an der Praxis der Arbeits- und Lebensbedingungen von Arbeitnehmern in einer Region zu orientieren, bedeutete für die FPN-Wissenschaftler nicht nur, von einem bestimmten theoretischen (eben: «arbeitnehmerorientierten») Ansatz auszugehen.

Voraussetzung für die Bestimmung der Lage, Bedürfnisse, Schwierigkeiten, Abhängigkeiten und schliesslich der Möglichkeiten der abhängig Beschäftigten in der angesprochenen Region war die Zusammenarbeit mit den Betroffenen.⁴

Bereits für die inhaltliche Planung und Begleitung der Forschungstätigkeit wurde ein gemeinsamer Arbeitskreis von Gewerkschaftern und Wissenschaftlern gebildet. Motivierend für das Engagement des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) waren nicht nur die besonderen Lebensverhältnisse in einem «strukturschwachen» Raum wie die Region Nordhessen. Hinzu kam, dass sich durch den Ausbruch der Wirtschaftskrise Mitte der siebziger Jahre die materiellen Bedingungen der Arbeitnehmer drastisch verschlechterten, die Beschäftigungssituation unsicher wurde und der finanzielle Spielraum der Gemeinden sich verringerte. Strukturschwache Regionen wurden von dieser Entwicklung doppelt betroffen. Für die Gewerkschaften ergab sich daraus die Notwendigkeit, Vorschläge für eine alternative Regionalpolitik in der Region Nordhessen zu entwickeln.

Einer der wichtigsten Bereiche innerhalb des FPN-Projektes stellte die Untersuchung der Arbeits- und Lebensbedingungen industrieller Arbeitnehmer dar. Bei dieser Untersuchung war die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern, Gewerkschaftern und Betroffenen auch besonders intensiv.

Ein hierfür gegründeter «Strukturpolitischer Arbeitskreis» des regionalen DGB, in dem die FPN-Wissenschaftler vertreten waren, beteiligte sich an der Planung, Begleitung und Auswertung der Untersuchungen und befasste sich insbesondere auch mit der Umsetzung der Forschungsergebnisse in die gewerkschaftliche Arbeit. So konnte die Forschungsarbeit z. B. für die gewerkschaftliche Weiterbildung verwendet werden, aber auch für konkrete kommunalpolitische oder regionalpolitische Vorstösse, wie etwa die gewerkschaftliche Stellungnahme zu den Plänen der Deutschen Bundesbahn, in der Region Nordhessen einzelne Strecken stillzulegen.

⁴ Die folgenden Ausführungen stützen sich insbesondere ab auf:

- Forschungsgruppe Produktivkraftentwicklung Nordhessen, Theoretische und praktische Möglichkeiten einer arbeitnehmerorientierten Wirtschafts- und Sozialwissenschaft, Bericht für das Projekt 3140 der Universität Bielefeld, Kassel 1979.
- Forschungsgruppe Produktivkraftentwicklung Nordhessen, Band 4: Industrielle Arbeitnehmer, Kassel 1980.

Wechselbeziehung zwischen Wissenschaftern und Betroffenen

Die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern und Arbeitnehmervertretern spielte sich durchaus nicht nur auf der Ebene des Arbeitskreises beziehungsweise auf Funktionäresebene ab. Zahlreiche DGB-Bildungsveranstaltungen gaben den Wissenschaftlern Gelegenheit, auch mit den direkt Betroffenen zu diskutieren. Ergänzt wurde dies durch ausführliche Gespräche mit den Betriebsräten der in der Region ansässigen Firmen. Selbstverständlich wurden solche Gespräche auch mit den Geschäftsleitungen der Firmen und den Gemeindeverwaltungen geführt, wie dies auch bei anderen Regionalforschungsvorhaben üblich ist.

Für die unmittelbare Forschungstätigkeit beschränkten sich die FPN-Wissenschaftler nicht nur auf die über die Region verfügbaren Daten, wie z. B. amtliche Statistiken, sondern führten auch eine breit gefächerte Befragung bei den Industriebeschäftigten durch.

Von der mündlichen Umfrage bei den Industriebeschäftigten wurden 123 Arbeiter und Angestellte erfasst. Ergänzend wurde im Baugewerbe eine schriftliche Umfrage gemacht. Hauptziel war, sowohl über die betrieblichen Arbeits- als auch über die örtlichen Lebensbedingungen der Arbeitnehmer Sachauskünfte zu erlangen und Ansatzpunkte zur Erforschung der Verknüpfung beider Bereiche zu gewinnen. Besondere Sorgfalt wendeten die FPN-Wissenschaftler auch bei der Überprüfung ihrer Forschungsergebnisse, insbesondere der Umfrageergebnisse, an. Auch hier wurde dafür gesorgt, dass eine Konfrontation der Betroffenen mit den Ergebnissen stattfand. Dies wiederum innerhalb des strukturpolitischen Arbeitskreises des DGB sowie in zahlreichen Gruppendiskussionen mit Betroffenen und schliesslich auch durch Betriebsräte, die bei Einzeldarstellungen von Arbeitsverhältnissen um Stellungnahme gebeten wurden.

Ergebnis dieser Bemühungen war schliesslich eine umfassende Darstellung der Arbeits- und Lebensverhältnisse des Schwalm-Eder-Kreises in der Region Nordhessen. So wurden für alle Gemeinden und Teilräume der Region die Verhältnisse bezüglich Siedlungs- und Infra-, Wirtschafts- und Sozialstruktur, politische und kulturelle Einrichtungen sowie die Versorgungs- und Freizeitmöglichkeiten dargestellt. Hinzu kam die genaue Analyse von 12 der zirka 200 in der Region angesiedelten Industriebetriebe. In diesen Betrieben wurden folgende Bereiche untersucht und dargestellt: Standortbedingungen, Eigentumsverhältnisse, Fertigung/Zulieferer/Abnehmer, Anlagevermögen und Beschäftigung, Organisation und technische Ausrüstung, Arbeitssituation, Weiterbildung, Sozialeinrichtungen, Interessenvertretung der Arbeitnehmer. Diese Bereiche wurden jeweils vor allem unter dem Gesichtspunkt der Belastungen und Möglichkeiten der Arbeitnehmer untersucht. Ausgewertete Daten wurden den Selbstdarstellungen der Umfrage gegenübergestellt.

Konkrete politische Forderungen

Bereits diese regionale Analyse der Arbeits- und Lebensbedingungen brachte sehr interessante Ergebnisse hervor, vor allem zum Problem der Mehrfachbelastung von Arbeitnehmern in den verschiedenen Daseinsfunktionen. Schon von der Analyse her erreichte damit das FPN-Projekt ein Niveau an Breite und Qualität, das meines Wissens bei Regionalforschungsprojekten ähnlicher Art in der Schweiz noch nicht erreicht wurde. Zusätzlich zu dieser Untersuchung über die Arbeits- und Lebensbedingungen industrieller Arbeitnehmer wurden auch noch Spezialberichte zur Arbeitslosigkeit, Weiterbildung in der Region sowie zu den Verkehrsverhältnissen verfasst.

Verdienstvoll am FPN-Projekt ist aber auch, dass für die Region Nordhessen auf Grund der gemachten Untersuchungen viele Forderungen gestellt und konkrete Vorschläge gemacht wurden, wie die Arbeits- und Lebensverhältnisse verbessert werden können. Band 11 der Studie beschreibt Ziele, Ansatzpunkte und Mittel einer «arbeitsorientierten» Strukturpolitik für die Region und stellt Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Lebensbedingungen in den Gemeinden, der Beschäftigungssituation in der Region, des Verkehrswesens und der Bildungspolitik.

Das FPN-Kooperationsprojekt hatte aber auch Auswirkungen auf die Regionalpolitik selbst, insbesondere dadurch, dass aus der Zusammenarbeit zwischen dem DGB und den FPN-Wissenschaftlern schon früh gewerkschaftliche Forderungen und Aktionsprogramme resultierten. So war es dem DGB-Landesbezirk Hessen möglich, 1978 ein struktur- und regionalpolitisches Konzept vorzulegen, das unter der Bezeichnung «Nordhessen-Programm» bekannt wurde.⁵ Für den Schwalm-Eder-Kreis wurde ein detailliertes Aktionsprogramm des DGB erarbeitet.⁶ Dieses Modell der ständigen Zusammenarbeit mit dem DGB garantierte also, dass Forschungsergebnisse und Vorschläge zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen nicht nur einem Kreis von Wissenschaftlern oder den interessierten Verwaltungsstellen zugänglich wurden, sondern auch in gewerkschaftliche Programmpunkte mit dem nötigen politischen Rückhalt übernommen wurden.

Modell für die Schweiz?

Das Beispiel der FPN-Untersuchung hat gezeigt, dass Kooperationsprojekte zwischen Hochschulen und Gewerkschaften für beide Seiten vorteilhaft sind. Die Gewerkschaften können sich auf diese Weise wissenschaftliche Grundlagen beschaffen, die sonst kaum beizubringen sind, da in der Regel nicht «arbeitnehmerorientiert» geforscht wird. Den

⁵ Deutscher Gewerkschaftsbund, Landesbezirk Hessen, Bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für Nordhessen, Kassel 1978.

⁶ Deutscher Gewerkschaftsbund, Kreis Schwalm-Eder, Aktionsprogramm.

Wissenschaftlern erlaubt diese Vorgehensweise, praxisnahe, an den Bedürfnissen der Betroffenen orientierte Wissenschaft zu betreiben. Zudem erhöht sich durch die Kooperation die politische Relevanz der Forschungsarbeit.

Aus diesem Grunde wären solche Kooperationsprojekte auch in der Schweiz erstrebenswert. Dabei stellt das FPN-Projekt nur *ein* Modell – allerdings meines Erachtens ein gutes Modell – dar. Eventuell müsste hierzulande die Kooperation zunächst beispielhaft an einem weniger umfangreichen Projekt erprobt werden.

Die Durchführung von Kooperationsprojekten in der BRD wird übrigens durch die Tatsache erleichtert, dass ein nicht unbedeutender Teil der Hochschulangehörigen (wissenschaftliches Personal, Assistenten, Dozenten) gewerkschaftlich organisiert ist. Dies entweder in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, in der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes oder in den Branchengewerkschaften. Diese Voraussetzung ist in der Schweiz nicht gegeben, da erst wenige Wissenschaftler einer Gewerkschaft angehören und somit die nötigen Kontakte zwischen Hochschulen und Gewerkschaften nicht automatisch vorhanden sind. Entsprechende Initiativen müssten hier von seiten der Gewerkschaften ergriffen werden.

Für umfassendere Kooperationsprojekte stellt sich natürlich hierzulande bald einmal die Frage der Finanzierung, insbesondere dann, wenn sich solche Projekte nicht im üblichen Forschungsprogramm der Hochschulen unterbringen lassen. Es wäre deshalb wünschenswert, wenn ähnlich wie in der Bundesrepublik von seiten des Nationalfonds ein entsprechendes Projekt finanziert werden könnte. Dadurch wäre es möglich, in der Schweiz mindestens einen ersten Anstoss zur «arbeitnehmerorientierten» Forschung zu geben. Das geplante Nationalfonds-Forschungsprogramm «Humanisierung und technologische Entwicklung» drängt sich vom Thema her geradezu für Kooperationsprojekte zwischen Hochschulen und Gewerkschaften auf.